

DUMMKOPF ODER STRATEGIE IM WEISSEN HAUS? LEHREN AUS DER AMTSZEIT TRUMPS FÜR DIE POLITISCHE JUGENDBILDUNG

Mit Donald Trump ist es ein bisschen so wie mit dem Coronavirus: Man meint, man sei ihn endlich los, aber er verschwindet nicht. Kaum als Präsident abgewählt, versprach Trump sein Comeback für 2024. Die Republikanische Partei in den USA, die „Grand Old Party“ wie sie auch genannt wird, unterstützt dieses Vorhaben mit breiter Mehrheit. Mit reformierten Wahlgesetzen bereiten die Republikaner seine erneute Kandidatur vor.

Die Verschwörungserzählung von der gestohlenen Wahl Hartnäckig halten die führenden Repräsentanten der Partei ebenso wie Trump und sein Familienclan daran fest, dass es sich bei der Präsidentschaftswahl im vergangenen November um *fraud* – Betrug – gehandelt habe. All diesen Vorwürfen und Anfechtungen der Wahl wurde juristisch nachgegangen, nicht eine dieser Behauptungen konnte gerichtlich belegt werden.

Parteiinterne Kritiker*innen Trumps werden vom ehemaligen Präsidenten und seiner Entourage lächerlich gemacht und wie im Falle der Kongressabgeordneten Liz Cheney ihrer parteipolitischen Führungsämter enthoben. Die Tochter des früheren Vizepräsidenten Dick Cheney hatte sich wiederholt gegen die Behauptungen Trumps gestellt, er sei im November 2020 um seinen Wahlsieg gebracht worden. Ihrer Meinung nach habe Trump seine Anhänger im Januar 2021 eindeutig zum Sturm auf das Kapitol aufgestachelt. Cheney ist eine von nur wenigen republikanischen Abgeordneten, die für das zweite Amtsenthebungsverfahren gegen Trump gestimmt hat. Sie hält den Personenkult um Trump für „gefährlich und anti-demokratisch“, Trump untergrabe das „Vertrauen in Wahlergebnisse und in die Rechtsstaatlichkeit.“¹ Er hält sie für einen „bitteren, schrecklichen Menschen ohne Persönlichkeit“, eine „Kriegstreiberin“, die demokratische Positionen vertrete und schlecht für die republikanische Partei sei.²

Doch wen kümmert dies hierzulande noch? Ohne Trump ist es um die USA ruhig geworden. Keine Skandale, keine Twitter-Nachrichten, kein Affront mehr gegen die eigenen Verbündeten, keine Ausstiege aus wichtigen internationalen Abkommen. Mit Joe Biden als neuem Präsidenten bekannten sich die USA nach vier Jahren wieder zur multilateralen Kooperation. Der Ton in den transatlantischen Beziehungen verbesserte sich und die mediale Aufmerksamkeit auf US-Politik schwand damit zunächst merklich. Die Lüge von der „gestohlenen Wahl“ und die zahlreichen Versuche des ehemaligen Präsidenten, die Demokratie systematisch zu untergraben, sind jedoch auch nach Trump ein durchaus faszinierendes Thema für die politische Bildung. Denn diese Art, Politik zu betreiben – Falschmeldungen in die Welt zu setzen, die freie Presse als „Fake News“ zu diffamieren, die Rechtsgültigkeit von Briefwahlen zu torpedieren, Wahlergebnisse nicht anzuerkennen und kein Interesse am Gespräch mit dem politischen Gegner zu haben – scheinen kein rein amerikanisches Phänomen zu sein. Die bewusste Spaltung der Gesellschaft in unversöhnliche Lager, die fehlende Bereitschaft zum Diskurs und zum Aushandeln gesellschaftlicher Konflikte, eine ausgeprägte Presse- und Wissenschaftsfeindlichkeit – all dies kennen wir auch in Europa. Dass die Demokratie und ihre Institutionen derart stark in Frage gestellt werden, geschieht nicht nur jenseits des Atlantiks, sondern auch hier.



Trump – ein Segen für die politische Bildung?

So seltsam es klingt: Für die gesellschaftspolitische Bildungsarbeit der Evangelischen Akademie Loccum mit Oberstufenschüler*innen waren die vier konfliktreichen Jahre mit Trump ein Segen. Denn aus politisch hart geführten Kontroversen, aus lautem Gebell und Streit, dem Angriff des eigenen politischen Selbstverständnisses lernt es sich meist besser als aus vermeintlicher Harmonie. Segen auch, weil es sich bei den USA um einen Partner und jahrzehntelangen Verbündeten Deutschlands und Europas handelt und um einen Rechtsstaat. Umso spannender ist es, dass aus dessen Kern heraus der „Angriff“ auf demokratische Regeln, kooperative Umgangsformen sowie internationale Vereinbarungen erfolgte.

Trump war ein Lehrstück für die politische Bildung, denn er war ein gewählter Präsident, kein Autokrat, der sich an die Macht geputscht hat. Einer, der nach wie vor nahezu die Hälfte aller Amerikaner*innen politisch hinter sich weiß. Einer, der die strukturellen Probleme (ökonomisch, sozial) seines Landes sehr deutlich gesehen und politisch für sich genutzt hat. Einer, der vielen Menschen Mut machte, einer der führen, die Wirtschaft ankurbeln und radikal mit der Politik seines demokratischen Vorgängers brechen wollte. Er war Populist durch und durch, erkannte die Unzufriedenheit vieler Menschen seines Landes und versprach, ihnen ihre Würde und den Amerikanern die internationale Vorherrschaft wieder zurückzubringen. Er ging dafür ungewöhnliche Bündnisse ein (zum Beispiel mit den Ultra-Evangelikalen in den USA) und suchte international nicht selten die Nähe zu Autokraten. Er zeichnete klare Feindbilder (vor allem gegenüber China, aber auch gegenüber den europäischen NATO-Partnern und der UNO) und schien seinen Anhänger*innen auf seinem Kurs *America first!* unbeirrbar.

Trumps Politikstil folgte einer ganz eigenen Logik. Für uns Europäer*innen war er eine Zumutung, weil er alte Sicherheiten von Grund auf in Frage stellte, einen Handelskonflikt anzettelte, auf mehr europäische Beteiligung bei der Verteidigung drängte. Das war unbequem, unangenehm und diplomatisch oft völlig unangemessen.

Politische Konflikte in den Mittelpunkt – nicht die Person

Ja, es fiel schwer, Trump zu mögen, und leicht, sich von ihm zu distanzieren – anders vielleicht als bei seinem Vorgänger Barack Obama. Eines aber war Trump nicht: Er war kein Dummkopf, kein Idiot, der sich ins Weiße Haus verirrt hatte. Dies geriet im öffentlichen Diskurs, der allzu sehr auf die Person Donald Trump fokussiert war, hierzulande oft aus dem Blick. So standen in den Loccumer Tagungen mit Schüler*innen zur US-Politik unter Trump – immerhin sieben an der Zahl – stets die politischen Konflikte mit internationaler Dimension im Mittelpunkt:

- die Krise der multilateralen Zusammenarbeit
- der (Handels-)Konflikt und die strategische Rivalität mit China
- die US-Nuklearwaffenstrategie (Schwerpunkte: Iran, Nordkorea und Russland)
- ökonomischer Protektionismus und der Handelskonflikt USA–Europa
- NATO-Bündnispolitik und *burden sharing*
- internationale Klimapolitik und der Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen
- Migrationspolitik und Grenzkontrolle
- Rassismus in den USA und die Black-Lives-Matter-Bewegung
- die Corona-Politik der USA
- die US-Wahlen 2020

Die Mehrzahl der Veranstaltungen fand auf Englisch statt, was den positiven Effekt hatte, dass sowohl sprachlich als auch politisch interessierte Jugendliche teilgenommen haben. Bereits vor dem Digitalisierungsschub der letzten zwei Corona-Jahre wurden einzelne Referent*innen online (per Skype) aus den USA zugeschaltet. Leitend waren dabei unter anderem folgende Fragen:

- Was waren die strategischen Ziele amerikanischer Innen- und Außenpolitik unter Trump? Mit welchen Mitteln wurden sie verfolgt?
- Wieso war Trumps innenpolitischer Rückhalt so groß? Wieso war der Umgang mit internationalen Partnern so harsch? Gab es inmitten allen Affronts möglicherweise einen Kern berechtigter Kritik?
- Was lässt sich aus Trumps Amtszeit über Populist*innen und Nationalist*innen an der Macht lernen? Welche Lehren ziehen liberale Demokratien aus dieser Zeit? Wie können sie sich gegen antidemokratische Tendenzen in der Demokratie schützen?

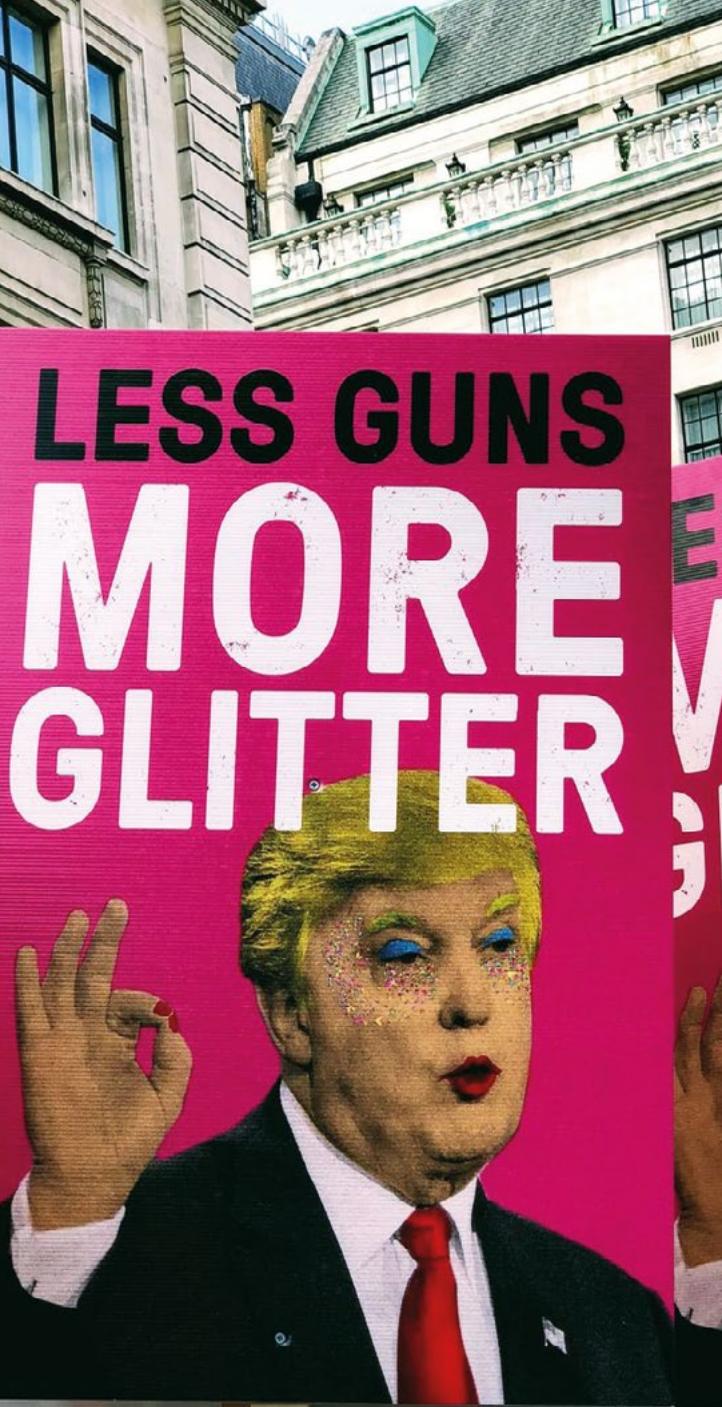
Eine Aufgabe der politischen Jugendbildung ist es, hinter die Kulissen zu schauen und nach den (strukturellen) Gründen für bestimmte politische Entwicklungen zu fragen. Unterstützen können dabei ausgewiesene Wissenschaftler*innen und Politikexpert*innen, die sich bestens auskennen und es gewohnt sind, Themen interdisziplinär aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten.

Wir sollten Jugendliche dazu ermutigen, genau hinzusehen, kritisch zu sein, den eigenen Blick zu weiten, Komplexes zu verstehen. Dazu gehört auch, das Unangenehme, politisch Kontroverse, von dem man sich möglicherweise distanzieren möchte, in den Blick zu nehmen – und erst dann zu bewerten. Politik sollte nicht personalisiert dargestellt werden, weil die dahinterliegenden Strukturen, Unterstützer*innen-Netzwerke und ihre gesellschaftliche Basis so nicht ausreichend in den Blick kommen. Vor allem sollten wir uns als Europäer*innen davor hüten, allzu sehr mit dem Finger auf die USA zu zeigen und darüber die Gefährdungen unserer eigenen Demokratien durch anti-demokratische Akteur*innen aus dem Blick zu verlieren.

Trump geht, die Herausforderungen bleiben

Bei Donald Trump, seinem Hang zur Selbstdarstellung und Personalisierung sowie seiner medialen Omnipräsens fiel das zugegeben nicht immer leicht. Mit Joe Biden als neuem Präsidenten ist zunächst etwas „Ruhe“ in den politischen Diskurs eingekehrt. Im Jahr 2022 sind Midterm-Elections. Es wird sich zeigen, ob die Demokraten im Kongress ihre knappe Mehrheit werden halten können.

Sah es lange so aus, als würden wir an der Evangelischen Akademie Loccum erst dann die aktuellen Herausforderungen amerikanischer Politik erneut aufgreifen, erfordern die weltpolitischen Entwicklungen im August 2021 (die rasante Rückeroberung Afghanistans durch die Taliban infolge des verfrühten Abzugs der internationalen Streitkräfte) ein schnelles Umdenken und aktuelle Hintergrundformate für Jugendliche. Nicht nur die jüngsten Ereignisse zeigen: Amerikanische Politik hat unmittelbaren Einfluss auf internationale Politik.



Weltpolitik ohne die USA ist undenkbar. Doch die USA als Großmacht und ihre Verbündeten haben, das verdeutlichen die Entwicklungen in Afghanistan nur allzu eindrücklich, zunehmend ein Glaubwürdigkeitsproblem. *Rechtsstaatlichkeit*, gemeinsame Werte und Menschenrechte, für die das westliche Bündnis steht, stehen durch das eigene, oftmals widersprüchliche Handeln in der Welt zunehmend in der Kritik.

Es kann uns in Deutschland als Teil des europäischen und transatlantischen Bündnisses nicht egal sein, was in den USA und in der Welt geschieht. Unser Wohlstand und unsere Sicherheit sind nach wie vor aufs Engste mit dieser Großmacht verknüpft. Wie aber werden sich die globalen Machtverhältnisse in den kommenden Jahren verändern? Erleben wir derzeit den Beginn eines Abstiegs der USA als Supermacht und was bedeutet das für Europa? Werden autoritäre Großmächte wie China und Russland durch die Schwäche des westlichen Bündnisses global an Bedeutung und Attraktivität gewinnen? Eines ist schon jetzt klar: Ohne Konflikte wird dies nicht vonstattengehen. Diese zu verstehen und zu begleiten – auch dies ist Aufgabe politischer Jugendbildung.

1. Seipp, Alexander: Machtkampf in den USA: Liz Cheney warnt vor dem „Personenkult“ um Trump. Frankfurter Rundschau 6.5.2021. Online verfügbar: <https://www.fr.de/politik/usa-donald-trumps-intimfeindin-liz-cheney-gefaehrlicher-personenkult-usa-republikaner-konservative-90497026.html>, Zugriff: 26.8.2021.

2. Dillmann, Daniel; Rogalla, Lukas: Liz Cheney „gecancelt“: Donald Trump stichelt nach Abwahl – „schrecklicher Mensch“. Frankfurter Rundschau 14.5.2021. Online verfügbar: <https://www.fr.de/politik/liz-cheney-donald-trump-republikaner-abstimmung-usa-wahl-partei-kongress-rauswurf-90574091.html>, Zugriff: 26.8.2021.

Simone Schad-Smith ist Studienleiterin für gesellschaftspolitische Jugendbildung an der Evangelischen Akademie Loccum.

Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole (Hg.): Was die Demokratie zusammenhält – Konsens, Kompromiss und Kontroversität in der politischen Jugendbildung. Jahrbuch 2021. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Berlin, S. 84-89.

www.politische-jugendbildung-et.de

et

